

Kommentartext „Staatsverschuldung“

1. Kapitel: Wie kann ein Staat Schulden machen?

Wenn du mehr ausgibst, als du einnimmst, dann haushaltest du schlecht mit deinem Geld. Wenn du mehr ausgibst, als du einnimmst, verschuldest du dich.

Das gilt für alle im Großen und im Kleinen: Für Einzelpersonen, für Unternehmen und auch für Staaten. Einnahmen und Ausgaben in einem Staat werden in einem so genannten Haushalt festgelegt. In Deutschland wird der Haushalt von der Regierung vorgelegt und von Bundestag und Bundesrat verabschiedet.

Sind die Ausgaben höher als die Einnahmen, entsteht ein so genannter Haushaltsfehlbetrag oder Haushaltsdefizit. Ein Staat hat vielfältige Aufgaben zu leisten. Er ist beispielsweise für Bildung und das Gesundheitswesen, für Wirtschaftsförderung und Arbeit, für weite Teile des Renten- und Sozialsystems, für Energie und Verkehr, für innere Sicherheit und die Landesverteidigung zuständig. Jede öffentliche Schule oder Straße, jeder Verwaltungsakt beruhen auf staatlicher Finanzierung.

All diese Ausgaben kosten Geld. Allein im Bundeshaushaltsplan stehen für das Jahr 2012 knapp über 300 Milliarden Euro zur Verfügung. Der Staat finanziert seine Aufgaben vor allem über Gebühren und Steuern, die er von seinen Bürgerinnen und Bürgern erhebt: Gebühren, beispielsweise für die kommunale Leistung „Müllentsorgung“. Steuern, beispielsweise auf Einkommen oder auf den erzielten Mehrwert von Waren und Dienstleistungen.

Befindet sich die Konjunktur im Abschwung, sinken auch die Einkommen und Steuereinnahmen. Unter Konjunktur wird die wirtschaftliche Gesamtlage und Entwicklung in einer Volkswirtschaft verstanden.

Sinken die Einkommen, wird weniger konsumiert und die Konjunktur schwächt sich ab.

Daher zählen konjunkturbelebende Maßnahmen, wie steuerliche Anreize zu schaffen, ebenso zu den Aufgaben eines Staates. Wenn der Staat beispielsweise die KFZ-Steuer für schadstoffarme Autos senkt, werden mehr und umweltfreundlichere Autos gekauft.

2. Kapitel: Wie finanziert ein Staat seine Schulden?

Das Haushaltsdefizit eines Staates wird über neue Schulden finanziert. In vielen Industrienationen bestehen bereits über Jahrzehnte Defizite, die jährlich mit einer Neuverschuldung finanziert werden.

Der Staat muss also Geld aufnehmen. Dies geschieht auf Grundlage der Finanzierungsdauer in unterschiedlichen Formen: Kurzfristig durch so genannte Buchkredite oder Schatzwechsel, mittelfristig hauptsächlich durch Bundesschatzbriefe und langfristig durch Staatsanleihen. In der Euro-Schuldenkrise werden vermehrt kurzfristige Anleihen gehandelt.

Sehen wir uns die Staatsanleihen einmal genauer an. Staatsanleihen sind so genannte Schuldverschreibungen und als Schuldscheine zu verstehen. Ein Schuldner bestätigt seine Schuld. Der Eigentümer des Scheines kann diesen wieder an einen Dritten verkaufen. Anleihen werden in der Regel über Banken gehandelt. Oft gehören Staatsanleihen zu den festverzinslichen Wertpapieren und haben einen festen Zinssatz, eine vereinbarte langfristige Laufzeit und eine bestimmte Stückelung, das heißt die Anleihe trägt einen Nennwert von beispielsweise 100, 1000 oder 10 000 Euro.

Von Eurobonds ist immer dann die Rede, wenn über eine gemeinsame Staatsanleihe von Mitgliedsstaaten der Eurozone nachgedacht wird. „Bonds“ ist ein allgemeiner Sammelbegriff für zinstragende beziehungsweise zinsbringende Wertpapiere, also auch für Anleihen.

In Deutschland können der Bund, die Länder oder Kommunen solche öffentlichen Anleihen in den Handel bringen.

3. Kapitel: Spekulation und Finanzkrise

Staatsanleihen werden an den globalen Finanzmärkten gehandelt und sind deren Gesetzen unterworfen. Bis zur Finanzkrise 2008 wurden nahezu alle Industrienationen von den Ratingagenturen mit der Bestnote „Triple A“ bewertet und Anleihen praktisch ohne Risiko an den Finanzmärkten gehandelt. Dies hatte niedrige Zinssätze für Anleger und für die Staaten bei Kreditaufnahmen zur Folge.

Die Krise 2008 gilt als der Beginn der globalen Finanzkrise zu Beginn des 21. Jahrhunderts. 2008 ging die US-amerikanische Investmentbank „Lehman Brothers“ pleite – hauptsächlich durch den Handel mit so genannten faulen Immobilienfonds. Die Spekulationen mit praktisch wertlosen Immobilienfonds betrafen Banken weltweit und manche standen vor der Pleite.

Eine Talfahrt der Aktienkurse an den Börsen und ein drohender Zusammenbruch der globalen Finanzmärkte waren die Folge. In fast allen Industrienationen pumpten die Staaten Milliardenbeträge in den privaten und öffentlichen Bankensektor, um den Zusammenbruch zunächst abzuwenden.

Am 13. Oktober 2008 beschloss die deutsche Bundesregierung das bis dahin teuerste Gesetz der deutschen Geschichte: Einen Rettungsschirm für die Banken, der fast 500 Milliarden Euro betrug. Allein in die „Hypo Real Estate“ pumpte der deutsche Staat 102 Milliarden Euro an Steuergeldern und verstaatlichte diese Bank.

Als Griechenland im Oktober 2009 offenlegen musste, dass die Verschuldung des Landes deutlich höher war als gegenüber der Europäischen Union angegeben, begann eine neuerliche Finanzkrise europäischen und globalen Ausmaßes. Neben Griechenland steuerten 2011 weitere EU-Staaten auf die Staatspleite zu. Die Staatsschuldenkrise wird auch häufig als Eurokrise bezeichnet, weil Staaten der Eurozone davon massiv betroffen sind.

Den Verlauf dieser Finanzkrise bestimmten Spekulationen an den globalen Finanzmärkten. Der Euro und die Staaten selbst standen dabei immer wieder unter Druck.

Mit so genannten Hedgefonds wird – kurz gesagt – zum Beispiel auf die Pleite einzelner Staaten oder einen fallenden Eurokurs gewettet und damit Geld verdient. Die Spekulanten sind keine dunklen Hintermänner, sondern, wie bereits 2008, meist Angestellte in privatwirtschaftlichen Banken. Für ihren Profit spielen sie mit dem Feuer, das schnell zum Flächenbrand werden könnte.

4. Kapitel: Währungspolitik in der Krise

Bis zur Staatsschuldenkrise galten Währungsunion und der gemeinsame Binnenmarkt der Europäischen Union als Erfolgsmodell und vor allem exportstarke Volkswirtschaften wie Deutschland profitierten von einem einheitlichen Markt ohne Wechselkursschwankungen. Die vereinbarten Obergrenzen der Neuverschuldung einzelner Staaten im Euro-Stabilitätspakt wurden allerdings fast regelmäßig von allen Mitgliedsstaaten überschritten.

Die bereits über Jahrzehnte aufgelaufene Schuldenlast drückt wirtschaftlich schwächere Staaten der Eurozone nun besonders schwer, da diese seit Einführung des Euro durch die Abwertung der eigenen Währung nicht mehr regulierend eingreifen können. Denn eine Abwertung der nationalen Währung kann eine Volkswirtschaft ankurbeln. Exportwaren werden im Ausland billiger, Waren aus dem Ausland im eigenen Land hingegen teurer und der Zustrom an Urlaubern steigt an. Die heimische Wirtschaft erholt sich und die staatlichen Steuereinnahmen steigen.

Auf die Unruhe an den Finanzmärkten und die Überschuldung der Staaten reagieren Ratingagenturen mit der Herabstufung der Kreditwürdigkeit einzelner Staaten. Im Januar 2012 bewerteten führende US-amerikanische Agenturen nur noch wenige Staaten der Eurozone wie Deutschland mit der Bestnote „Triple A“. Selbst wirtschaftlich starke Länder wie Frankreich oder Österreich wurden abgewertet. Große europäische Industrienationen wie Italien oder Spanien wurden deutlich herabgestuft. Dadurch steigen die Zinsen der Staatsanleihen. Die Staaten müssen höhere Zinsen auf die Anleihen bezahlen, was die Haushalte zusätzlich belastet.

Landläufig sagt man „Geld ist wie ein scheues Reh“. Eine drohende Folge der Überschuldung ist der Geldwertverlust des Euro, die so genannte Inflation. Die Währung verliert an Kaufkraft, ihr Wert sinkt. Das Preisniveau steigt an.

Die Weltwirtschaftskrise von 1929, die durch den Zusammenbruch der New Yorker Börse ausgelöst wurde, erfasste die Wirtschaft aller Industrienationen und die Finanzmärkte. Banken schlossen, Firmen gingen bankrott und die Arbeitslosigkeit stieg enorm an. Um die Finanzmärkte zu beruhigen und die Stabilität des Euro zu stützen, spannten Staaten der Europäischen Union mit der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfond, kurz IWF, so genannte Rettungsschirme, richteten also Geldtöpfe ein, um die Zahlungsunfähigkeit betroffener Staaten abzuwenden. Solche stabilisierenden Maßnahmen wurden laufend aufgestockt.

Doch bereits 2011 zeichnete sich ab, wie schwierig es ist, die Staatsverschuldung der Staaten der Eurozone in den Griff zu bekommen und die Finanzmärkte zu beruhigen oder diese gar zu kontrollieren. Beim so genannten Schuldenschnitt wie in Griechenland müssen Banken und Anleger auf einen Teil der Schulden verzichten. Bei einem Staatsbankrott droht der gesamte Ausfall der Anleihen. In beiden Fällen können Banken pleitegehen, was eine globale Bankenkrise zur Folge haben könnte.

2011 wurde deutlich, dass sich die Politik den globalen Finanzmärkten ausgeliefert hatte und diese kaum regulieren konnte, weil selbst nationale oder auf die EU begrenzte Gesetze gegen globale Spekulation wenig ausrichten konnten.

5. Kapitel: Wege aus der Staatsverschuldung

Als Ausweg aus der Krise wurden ausgeglichene Haushalte und Schuldenabbau gefordert. In Griechenland, Italien und Spanien wurden bereits 2011 immer mehr Wirtschafts- und Bankfachleute in die Regierungen integriert. Kritiker sehen das mit Sorge, sprechen gar von Tendenzen für eine Wirtschaftsdiktatur.

Sparmaßnahmen, wie sie in Griechenland oder in Portugal, Spanien oder Italien eingeleitet wurden, betrafen vor allem das Sozialsystem. Löhne von Staatsangestellten und Beamten wurden eingefroren oder gekürzt. Viele von ihnen wurden entlassen. Die Bevölkerung musste ausbaden, was Politik und Finanzwelt angerichtet hatten, so empfanden es viele. Generalstreiks und massenhafte Proteste auf den Straßen waren die Folge. Der soziale Friede war gefährdet.

Die Kluft zwischen Arm und Reich in den Industrienationen ist in den letzten Jahren stetig angewachsen. Die Unternehmensgewinne sind in Deutschland hoch und auch an den Finanzmärkten werden selbst in Krisenzeiten Profite und Renditen erzielt. Der Eindruck einer Schieflage entsteht: Ausgleichende Sparmaßnahmen werden auf Kosten der Steuerzahler und Bürger geschultert. Dieser Eindruck belastet die Gesellschaften in den Industrienationen zusehends.

Auch der europäische Einigungsprozess nimmt enormen Schaden. Geben sich doch die Regierungen, die Medien und die Bürger der Mitgliedsstaaten häufig gegenseitig die Schuld für die Misere: Beispielsweise die Deutschen den Griechen und die Griechen den Deutschen. Dabei wollen alle Regierungen im Euroraum Bankenrettung, Euro-Stabilität und Anreize auf ewig währendes wirtschaftliches Wachstum auf Pump oder zu Lasten der Bürger realisieren. Doch kann das alles funktionieren? Und war und ist das nicht kurzfristig gedacht: Wachstum auf Pump oder zu Lasten der Bürger?

Zum Umdenken und solidem Wirtschaften mit Staatsfinanzen wird es wohl künftig keine Alternative geben. Mit einer Staatsinsolvenz im Euroraum gibt es bisher keine Erfahrung. Ein Schuldenschnitt für Staaten im Euroraum kann auch Auswirkungen auf den Geldwert und die Kaufkraft des Euro haben. Daher wäre in einem solchen Falle ein Austritt der betroffenen Volkswirtschaften aus der Eurozone denkbar.

Rezession bedeutet, dass die Wirtschaftskraft eines Landes abnimmt und die Arbeitslosigkeit steigt. Gewinne und Lohnsumme sinken. Für den Staat bedeutet dies weniger Steuereinnahmen und höhere soziale Aufwendungen. Eine Rezession im Euroraum ist eine weitere Gefahr der Krise.

Die Auswirkungen der Zahlungsunfähigkeit eines oder mehrerer Staaten aus dem Euroraum auf deren Gläubiger sind ohnehin nicht überschaubar. Dies könnte den Beginn einer noch weitreichenderen Bankenkrise und Krise für das globale Finanzsystem darstellen.

So oder so werden Finanzkrisen zu Beginn des 21. Jahrhunderts und die Verschuldung der Staaten in die europäische und internationale Geschichte eingehen und eine Zäsur für das wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche System darstellen.

6. Kapitel: Zusammenfassung

Einnahmen und Ausgaben in einem Staat werden im Haushalt von der Regierung und dem Parlament festgelegt

- Ein Haushaltsdefizit wird
- durch Neuverschuldung gedeckt.

Staatsverschuldung wird durch die Ausgabe von Staatsanleihen finanziert. Anleihen sind

- Schuldverschreibungen
- und gehören zu den verzinslichen Wertpapieren.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts wurden die globale Finanzwelt und die Industrienationen erschüttert durch:

- die Bankenkrise 2008 und
- die Staatsschuldenkrise ab 2010.

Die Herabstufung einzelner Staaten im Euroraum aufgrund ihrer Zahlungsfähigkeit durch Ratingagenturen hatte zur Folge, dass

- die Zinsen für Anleihen stiegen
- und die Staatsausgaben durch erhöhte Zinsbelastung weiter zunahmen.

Gefahren der Staatsschuldenkrise sind eine globale Krise der Finanzen und Wirtschaft. Für den Euro-Raum drohen:

- Inflation, also ein Geldwertverlust des Euro
- und wirtschaftliche Rezession.